

Parlament zieht fälligen Schlusstrich

Ortskernsatzung nun auch formal aufgehoben / Arbeitskreis soll Ober-Rodens Zentrum aufwerten

Ober-Roden (lö) ■ Einstimmig hob die Stadtverordnetenversammlung einen Beschlus auf, den sie am 18. Juni 2008 einstimmig gefasst hatte und der Ober-Rodens Mitte vor weiteren Bausünden bewahren sollte. Die Gestaltungssatzung wird es nicht geben, zu groß war der Bürgerprotest.

Einstimmig beschlossen die Parlamentarier auch die Gründung eines Arbeitskreises aus Politik, Verwaltung, Anwohnern, Hausbesitzern und Gewerbe. Er soll an historischer Substanz bewahren, was noch zu bewahren ist, Initiativen von Eigentümern fördern und Ideen für eine Aufwertung des Zentrums lie-

fern. „Wir haben gelernt“, lautete die Botschaft aller Fraktionen an die Menschen im Zentrum. Die Diskussion über bauliche Beschränkungen sei zu lange im stillen Kämmerlein einer Kommission geführt worden. Dabei sei eines vergessen worden: Den Betroffenen die Vorteile einer Satzung klar zu machen.

Armin Lauer (SPD) und Eckhard von der Lühe (AL) warnten davor, dass ohne Regulierung Gebäude möglich seien, die nicht ins Ortsbild passen und den Wert von benachbarten Grundstücken mindern. Der Paragraph 34 des Baugesetzbuches (Einführung in die Umgebung) biete da zu wenig Schutz. Auch

Tobias Kruger (FDP) war sicher: „Eine ordentlich vorbereitete Satzung wäre den Bürgern dienlich gewesen.“ Zumindest nicht nur Bürgermeister Roland Kern (AL), sondern auch die Parlamentarier hätten informieren müssen. CDU und SPD sprechen von einem „Kommunikationsdesaster“.

OP 18.2.2011